

Von der liberalen zur partizipativen Demokratie. Die kubanische Erfahrung

De la democracia liberal a la participativa. La experiencia de Cuba

Daniel Rafuls Pineda ¹  

Elaine Molina González (Übersetzerin) ²  

¹Universidad von Havanna, Fakultät für Philosophie und Geschichte. Havanna, Kuba.

²Universidad von Havanna, Fakultät für Fremdsprachen. Havanna, Kuba.

Eingereicht: 12.03.2023
Angenommen: 01.04.2023

RESUMEN

El trabajo hace una exploración lógico-histórica acerca de los antecedentes del sistema político y electoral cubano, nacido a partir de la Revolución de enero de 1959, así como de algunas de las formas políticas y legislativas en que se organizan en la actualidad. Los análisis transitan desde la exposición de algunas de las ideas originales y teorías que dieron paso a las primeras formas de organización del poder público, pasando por los llamados a la democracia directa y la experiencia de democracia representativa que promovieron los llamados padres fundadores de los Estados Unidos, hasta la formas específicas en que estos eventos llegaron a manifestarse en otros países y, en particular, en Cuba, sobre todo, en el contexto de la última elección de diputados a la Asamblea Nacional del Poder Popular.

Palabras clave: sistema político; elecciones; élites; partidos políticos.

Zusammenfassung

Diese Arbeit ist eine logisch-historische Untersuchung der Vorgeschichte des politischen Wahlsystems Kubas, das aus der Revolution vom Januar 1959 hervorging, sowie einiger der politischen und legislativen Formen, in denen es gegenwärtig organisiert ist. Die Analyse reicht von der Darstellung einiger der ursprünglichen Ideen und Theorien, die zu den ersten Organisationsformen der öffentlichen Macht führten, über die Forderungen nach direkter Demokratie und die Erfahrungen mit der repräsentativen Demokratie, die von den Gründervätern der Vereinigten Staaten gefördert wurde, bis hin zu den spezifischen Formen, in denen sich diese Ereignisse in anderen Ländern und insbesondere in Kuba entwickelt haben, vor allem im Rahmen der letzten Wahlen der Abgeordneten der Nationalversammlung der Volksmacht.

Schlüsselwörter: politisches System, Wahlen, Eliten, politische Parteien.

Einleitung

In den letzten Tagen, in denen viele von uns an die Rückkehr unseres Landes in die Weltelite des Baseballs denken, und inmitten einer schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Situation, deren Ende nicht abzusehen ist, macht ein Thema von großer Bedeutung in der in- und ausländischen Presse Schlagzeilen: Die Wahlen des obersten Organs der Staatsmacht, der Nationalversammlung der Volksmacht (Asamblea Nacional del Poder Popular).

Das Ereignis, das am 26. März 2023 stattfand und den Beginn der 10. Legislaturperiode mit der Wahl bzw. Bestätigung der Abgeordneten des kubanischen Parlaments markierte, führte zu zahlreichen Kontroversen. Dabei wurde und wird nicht nur der Mechanismus zur Wahl der öffentlichen Vertreter und insbesondere der höchsten Staatsämter an sich, sondern auch das gesamte seit 1959 bestehende politische System verteidigt oder in Frage gestellt.

Die Diskussionen begannen mit der Infragestellung oder der Abwägung der Existenz der Kommunistischen Partei Kubas, der einzigen Partei der kubanischen Nation, die in Artikel 5 der beiden Verfassungen verankert ist, die während der Revolutionszeit von der Mehrheit des Volkes angenommen wurden, im Gegensatz zu den Postulaten der sogenannten liberal-demokratischen Tradition, die die Legitimität demokratischer Prozesse immer nur auf der Grundlage der Existenz einer Pluralität politischer Parteien und des Wettbewerbs zwischen ihnen befürwortet haben. Und sie endeten mit der Fragestellung zur Fähig- oder Unfähigkeit der kubanischen Zivilgesellschaft, in der Nationalversammlung der Volksmacht wirklich vertreten zu sein und die Regierung dazu zu bringen, Lösungen für die Agenda der sozialen oder sektoralen Transformation zu finden.

Die Komplexität dieser Themen löst das Problem jedoch nicht. Sie werden in unseren offiziellen nationalen Sphären systematisch behandelt, insbesondere in der Politik, wo der Sozialismus auch bis zum Äußersten als das Gesellschaftssystem verteidigt wird, das die erwiesenen Übel des Kapitalismus überwinden soll. Eine objektive Beurteilung dieser Fragen ist auch nicht möglich, wenn man nicht berücksichtigt, was dieses bürgerliche Klassensystem nach langen Jahrhunderten des Kampfes gegen den Feudalismus und die Sklaverei positiv zur Zivilisation beigetragen hat, und wenn man die überwältigende Ablehnung jedes sozialen Projekts unterschätzt, das jemals versucht hat, die durch die Existenz des Privateigentums hervorgerufene Ungleichheit zu überwinden. Dies ist eine Folge nicht nur der kolonialen Ausplünderung, sondern auch der kulturellen Unterwerfung eines beträchtlichen Teils der Weltbevölkerung, sowohl in den Schwellenländern als auch in den unterentwickelten Ländern.

Um zu erklären, warum das Wahlsystem in Kuba so ist, wie es ist, und nicht anders, ist es notwendig, sich die ex- und internen historischen und konzeptionellen Hintergründe zu vergegenwärtigen. Man muss auch in Betracht ziehen, inwieweit die Kubaner gültige Erfahrungen aus anderen Ländern in das antikapitalistische Projekt, das wir aufbauen wollen, eingebracht und sogar mit konkreten Vorschlägen innoviert haben.



Rückblick auf die Ursprünge und die Entwicklung des Staates

Die ersten Vorstellungen vom Staat und seinen Hauptfunktionen scheinen aus der Antike zu stammen und werden mit den griechischen *Polis* oder Stadtstaaten verglichen. Sie sind das Ergebnis eines erbitterten Kampfes zwischen dem sogenannten *Demos*, den armen Massen in Stadt und Land, sowie den städtischen Kreisen der Sklavenhalterklasse und dem attischen Geburtsadel, den sogenannten Eupatriden. Die ersten philosophischen Theorien über diese Vorgänge entstanden im 6. und 5. Jahrhundert v. Chr. Damals waren Ideologen des Geburtsadels und Anhänger der Sklavenhalteraristokratie wie Pythagoras bzw. Heraklit der Meinung, der Mensch brauche einen Herrn. Er müsse sich demnach einer Ordnung unterwerfen. Somit rechtfertigten sie die Herrschaft einiger Weniger durch ihre Überlegenheit über die Massen (Kechekian, 1964, S. 4).

Während der Blütezeit der antiken griechischen Staaten entstanden weitere wichtige Ideen. Männer wie Demokrit¹ oder Sokrates², die sich völlig mit den Kreisen identifizierten, die die athenische Demokratie ablehnten und Postulate vertraten, die gegen die demokratische Organisation der Staatsgewalt gerichtet waren, oder Platon³, Aristoteles und andere historisch bedeutende Philosophen, nahmen ihre eigenen Bewertungen dieser Institution und der Art und Weise vor, in der die verschiedenen sozialen Sektoren an der Entscheidungsfindung in den wichtigsten Angelegenheiten teilnehmen sollten oder nicht (Kechekian, 1964).

Die sogenannte Neuzeit, Hunderte von Jahren später, hat auch andere politische Formen hervorgebracht, interpretiert und nach Erklärungen für soziale Konflikte gesucht. Machiavelli, Hobbes, Spinoza, Locke, Montesquieu, Rousseau und Hegel sind nur einige von vielen, die sich mit diesen Fragen beschäftigt haben.

Machiavelli gilt als Wegbereiter der bürgerlichen Politikwissenschaft. In seinen *Diskursen über Titus Livius* unterschied er zwei grundlegende Staatsformen: die Monarchie (das Fürstentum) und die Republik, an der seiner Meinung nach die Volksvertreter, Vertreter des Adels und ein gewähltes Staatsoberhaupt gleichzeitig beteiligt gewesen seien. Dies habe die demokratischen,

¹ Verteidiger der attischen Demokratie. Für ihn lag alles im Staat: Solange er intakt war, war alles intakt; wenn er zusammenbrach, brach alles zusammen. Da die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Menschen voller Feindschaft seien, seien Gesetze notwendig und müssten mit unerbittlicher Strenge verteidigt werden.

² Die Aristokratie stellte er sich als einen Staat vor, in dem einige wenige fähige Männer herrschten, die bereit waren, ihn zu führen. Er war dagegen, dass das oberste Organ des athenischen Staates (die Volksversammlung) aus Handwerkern und Kaufleuten bestand, die «[...] nur daran denken, wie sie etwas billiger einkaufen und teurer verkaufen können [Männer, die] nie über die Angelegenheiten des Staates nachgedacht haben»(Kechekian, 1964, S. 55-56).

³ Er drückte die Stimmung der reaktionären Kreise der athenischen Sklavenhalter aus und forderte die offene Diktatur der «besten Männer» über die Masse der freien Sklaven und Besitzlosen. Er proklamierte, dass die Staatsführung in den Händen fähiger Männer liegen müsse, die den Gipfel des wissenschaftlichen Denkens erklimmen hätten. Er sagte: «Solange in den Städten [...] keine Philosophen herrschen [...], solange die Stärke des Staates und der Philosophie nicht auf einer einzigen Sache beruhen [...], sollen weder die Städte noch [...] das Menschengeschlecht das Ende des Bösen erwarten [...]» (Kechekian, 1964, S. 58).

aristokratischen und monarchischen Prinzipien auf bestmögliche Weise verbunden und gewährleistet (Kechekian, 1964, S. 159-160).

Baron de Montesquieu seinerseits vertrat in seinem Werk *Vom Geist der Gesetze* (1748) die Idee der drei Gewalten für den Aufbau eines idealen Staates. Er wies dem Parlament die legislative Funktion zu, dem Monarchen die exekutive Funktion, die er durch seine Regierungsmannschaft ausübte, und schließlich den Magistraten eine Schlichtungsfunktion in gänzlicher Unabhängigkeit von jeder Gruppe. Montesquieu vertrat in seiner Machtkonzeption die Auffassung, dass wenn die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt in ein und derselben Person oder in ein und demselben Organ vereinigt seien, es keine Freiheit gebe (Montesquieu, 1992, S. 104). Gleichzeitig, wenn die richterliche Gewalt nicht von der gesetzgebenden Gewalt getrennt sei, «wäre die Macht über Leben und Freiheit der Bürger willkürlich» (S. 104).

Für ihn «wäre alles verloren, wenn ein und derselbe Mensch, eine und dieselbe Korporation von Führern, eine und dieselbe Volksversammlung alle drei Gewalten ausüben würde» (S. 104). Der Vorschlag des Aufklärers J. J. Rousseau, der ebenfalls in unmittelbarem Zusammenhang mit den Versuchen zur Überwindung der Feudalherrschaft steht, konzentrierte sich in seinen Analysen mehr auf das Verhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten als auf die Bedeutung der Gewaltenteilung selbst. Er legte den Grundstein für die Zerstörung des Mythos der liberalen Demokratie, indem er das Privateigentum als natürliches Menschenrecht und die darauf basierende politische Ordnung als die der menschlichen Natur am besten entsprechende entmystifizierte. Er lüftete auch das Geheimnis, warum sich die Reichen an den Staat als Garanten ihres Reichtums klammerten. In diesem Sinne sagte er:

«In Ermangelung stichhaltiger Gründe, um sich zu rechtfertigen, und ausreichender Kräfte, um sich zu verteidigen, [...] ersann der Reiche, von der Notwendigkeit gezwungen, schließlich das mühsamste Projekt, das der menschliche Geist je unternommen hat: das Projekt, die Kräfte derjenigen, die ihn angriffen, zu seinen Gunsten einzusetzen, seine Gegner zu seinen Verteidigern zu machen, sie mit anderen Maximen zu inspirieren und ihnen andere Institutionen zu geben, die ihm so günstig wären, wie das Naturrecht ihm zuwider war» (Rousseau, 1973, S. 562-563).

Seinem Staatsverständnis zufolge war die Souveränität unveräußerlich und konnte als solche nicht vertreten werden. Diejenigen, die im Namen des Volkes handelten, waren daher nur Teil eines Gesellschaftsvertrages, der das Verhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten kaum erklärte.

Die meisten dieser großen Denker akzeptierten mit unterschiedlichen Begründungen und konzeptionellen Ansätzen soziale Unterschiede und damit das, was später als soziale Klassen anerkannt wurde. Es war jedoch J.G. Friedrich Hegel,⁴ der diese Widersprüche als unüberwindbar

⁴ Er leistete wichtige Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie, die sich vor allem in seiner Rechtsphilosophie widerspiegeln. Während viele Denker zu seiner Zeit die Vorzüge und Grenzen des Utilitarismus aufzeigten, die sich in der Ausweitung der individuellen Rechte, des Marktes und der Zivilgesellschaft ausdrückten, stellte er den bürgerlichen Staat als die

akzeptierte und den bürgerlichen Staat als Institution sah, die über der Gesellschaft stehen und alle diese Konflikte ausgleichen sollte.

Er war es, der erstmals systematisch die Spannung zwischen der polarisierenden und ausgrenzenden Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft und dem integrativen Anspruch des bürgerlichen Staates aufzeigte. Sein Vorschlag zur Gewaltenteilung beruhte auf der Notwendigkeit einer gesetzgebenden, einer richterlichen und einer fürstlichen Gewalt, die im Gegensatz zu der von Locke und Montesquieu verkündeten formalen Trennung der Funktionen die wahre Einheit zwischen der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt darstellte, die die Gesetze in die Praxis umsetzen sollte. Seiner Auffassung nach sollte die Legislative die Kasten und nicht das Volk repräsentieren und aus zwei Kammern bestehen: der ersten, die den Adel vertritt und als Bindeglied zwischen der Exekutive und der Zivilgesellschaft fungiert, und der zweiten, die sich aus «dem beweglichen Teil der Zivilgesellschaft» (Galarza, 1964, S. 131) zusammensetzt, d.h. aus den Kasten der Handwerker, Kaufleute, Fabrikanten usw., wobei die Gruppierungen mit wenigen Vertretern bei der Entscheidungsfindung nicht berücksichtigt werden sollten.

In diesem Kontext des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts blieb Rousseaus Idee einer direkten Demokratie ohne Vermittlung durch Volksvertreter zwar eine gültige Herausforderung, aber die Schaffung politischer Systeme mit einer erweiterten territorialen Basis erforderte die Suche nach anderen Formen der politischen Verwaltung, die das Entstehen neuer und wirksamerer Formen der Ausübung *der Demokratie*, wie sie verstanden wurde, gewährleisten konnten. Dieses Dilemma lösten US-amerikanische Staatsmänner und Juristen vor mehr als zwei Jahrhunderten, als sie im September 1887 die erste und bis heute einzige Verfassung der Vereinigten Staaten entwarfen.

Auf der Grundlage dieser Verfassung wurden die folgenden drei Hauptaufgaben übernommen:

Erstens war es aufgrund der Größe des Territoriums nicht möglich, das gesamte Volk zu versammeln. Deshalb mussten Vertreter gewählt werden, die regelmäßig in den verschiedenen Orten im Namen des Volkes handelten –die sogenannte indirekte Demokratie.

Zweitens: Damit diese Vertreter nicht in Versuchung gerieten, über die Macht, die sie zeitweilig innehatten, frei zu verfügen, mussten ihre Funktionen, in Anlehnung an Montesquieu, in Exekutive, Legislative und Judikative aufgeteilt werden, wobei kein Vertreter alle drei Gewalten innehaben durfte.

Drittens: Obwohl kein Vertreter einer der drei Gewalten absolute Macht haben sollte, gab es eine Sphäre sozialen Handelns, die angeblich zum Nutzen des ganzen Volkes geschaffen worden war und in die niemand eingreifen durfte. Es handelt sich um das, was man heute als die *natürlichen und unveräußerlichen Bürgerrechte* nennt, die bürgerliche und politische Freiheiten, die Haupttugenden der sogenannten liberalen Demokratie, in deren Mittelpunkt das Recht auf Privateigentum steht, das auch heute noch, fast unbemerkt von den großen Mehrheiten, die

höhere Sphäre der Ethik und Rationalität dar, als die Sphäre, in der die Widersprüche der Gesellschaft als Ganzes gelöst werden.



Garantie für die hegemoniale Macht der Reichen über diejenigen darstellt, die nur über geringe oder gar keine materiellen Mittel verfügen.

Der größte Zweifel an all diesen Vorschlägen zur Volksvertretung, die von den Vätern der Vereinigten Staaten diskutiert wurden, bezog sich jedoch trotz ihrer scheinbaren Kohärenz und Gerechtigkeit vor allem auf die Mechanismen zur Wahl des Präsidenten, der wie die anderen öffentlichen Ämter nicht an eine Parteiorganisation gebunden sein und ehrenamtlich ausgeübt werden sollte, um die nach dem Triumph über das englische Empire erreichte Einheit nicht zu zersplittern.

Angesichts der Größe des föderalen Territoriums und der Tatsache, dass die potenziellen Wähler nicht in der Lage waren, die jeweiligen Ansprüche der Kandidaten zu beurteilen, wurde damals beschlossen, dass die Wahl der ersten Exekutive nicht direkt durch die Wähler, sondern durch sogenannte Wahlmänner erfolgen sollte. Diese hatten keine andere Aufgabe als den Präsidenten zu wählen.⁵

Während Rousseau der erste war, der die Notwendigkeit der Direktwahl als ultimativen Ausdruck der Volkssouveränität aufzeigte und vorschlug, waren die Vereinigten Staaten anscheinend der erste Staat der westlichen Welt, der die Wahl seiner Präsidenten indirekt formalisierte, um die Komplexität von Massenwahlen zu kompensieren, bei denen man nicht mit Sicherheit und Fairness weiß, für welchen Kandidaten man stimmen soll.

Vor diesem Hintergrund konnte der Versuch, die Rolle der politischen Parteien als Zentrum der Wahlsysteme in den USA zu begrenzen, nicht lange aufrechterhalten werden. Schon bald entstanden die ersten politischen Fraktionen,⁶ die später mit weiteren Veränderungen zu dem führten, was heute als Zweiparteiensystem (Demokraten und Republikaner) bekannt ist. Nach vielen weiteren praktischen nationalen Varianten, die sich in dem ausdrückten, was heute als *Parteiensystem*⁷ bekannt ist (Sartori, 1987), wurde dies auf die Wahlsysteme vieler anderer westeuropäischer Länder ausgedehnt. Auch in diesen Ländern machten die herrschenden Eliten Fortschritte bei der Förderung parteipolitischer Strukturen als Wahlinstrumente, vor allem als sie immer mehr feststellten, dass ihre Existenz die Fortschritte nicht gefährdete, die im Vergleich zu

⁵ Mit diesem Argument wandte sich George Mason gegen den Vorschlag von James Madison, den Präsidenten direkt zu wählen. Die Idee, den Präsidenten vom Senat nominieren zu lassen, wurde ebenfalls diskutiert, aber man war der Ansicht, dass dies dem Prinzip der Gewaltenteilung widersprechen würde.

⁶ Die «Föderalisten», die die Vorteile einer Stärkung der Bundesregierung sahen, und die «Anti-Föderalisten», die später als «Jeffersonianer» oder «Republikaner» bezeichnet wurden und eine schwache Zentralregierung vorschlugen, um Angriffe auf die Rechte der Staaten zu vermeiden.

⁷ Heute werden zwei Haupttypologien anerkannt, um politische Parteiensysteme zu klassifizieren, die im Wesentlichen als das Verhältnis zwischen zwei oder mehr Parteien und deren Beziehungen zum politischen System als Ganzes betrachtet werden. Die erste, von Maurice Duverger aufgestellte Typologie unterscheidet zwischen Einpartei-, Zweipartei- und Mehrparteiensystemen hervor, je nach der tatsächlichen Führungsrolle der verschiedenen politischen Kräfte in den nationalen Wahlprozessen. Die zweite, die von Giovanni Sartori vertreten wird, erkennt im Wesentlichen dasselbe Kriterium an wie sein Vorgänger, betont aber stärker, was er als *hegemoniale Parteien* im Verhältnis zu den anderen Parteien ansieht, sowie *konkurrierende* oder nicht konkurrierende *Parteien*, je nach ihrer Fähigkeit, politische Bündnisse zu schließen.

dem feudalen Regimen, die ihnen vorausgegangen waren, und zu den Imperien, denen sie angehört hatten, erzielt hatten (García Cotarelo und Blas Guerrero, 1986, S. 320).⁸

Die Debatte über die im Laufe der Jahre perfektionierten Formeln, die vom Zensuswahlrecht zum allgemeinen Wahlrecht übergingen und nach und nach auch den Frauen den Weg ebneten, weitete sich auf die Suche nach den besten Wahlmechanismen zur Förderung der öffentlichen Repräsentanten aus, d.h. jener Beamten, die nach ihrer Wahl die Aufgabe haben sollten, die Art von Herrschern und Justizorganen (Ministern, Richtern und Staatsanwälten) zu gewährleisten, die die Eliten zur Kontrolle des Staates benötigten. Dies eröffnete im Laufe der Jahre größere Spielräume für den Wettbewerb zwischen politischen Parteien und führte zu dem, was später als *Mehrheits- und Verhältniswahlsysteme* anerkannt wurde (Cotta, 1982; Pasquino, 1982; Valdés, 2011).⁹

Zu diesen neuen Verfahren und Machtinstrumenten, bei denen immer die Eliten die Parteikandidaten für öffentliche Ämter nominieren, gehören auch die *Direktwahl* und die *Verhältniswahl mit Kandidatenlisten*. Die erste ist typisch für Präsidialsysteme, wie in den USA, Russland, den meisten lateinamerikanischen Ländern und den afrikanischen Ländern, und begünstigt die selektive Wahl des einen oder anderen Kandidaten für ein öffentliches Amt. Die zweite ist charakteristisch für parlamentarische Systeme wie die des Vereinigten Königreichs, Deutschlands, Spaniens, Italiens und Israels, in denen jede politische Partei formell ihre jeweiligen Vorschläge für die Legislative in einem einzigen Dokument (Liste) vorlegt, auch mit einer bestimmten Verteilung der Ämter. Die Wähler haben dann per Gesetz fast ausschließlich die Möglichkeit, für die eine oder andere Liste zu stimmen. Eine Art «voto unido» (Einheitsstimme), wie man in Kuba sagen würde.

Seitdem sind die Eliten nicht nur direkt dafür verantwortlich, die Kandidaten zu nominieren, die den wirtschaftlichen Interessen der sogenannten Interessengruppen am besten entsprechen, die bereit sind, Geld für Wahlkampagnen zur Verfügung zu stellen und damit die Linke, die traditionell

⁸ Die massive formale Umwandlung der politischen Parteien in Wahlinstitutionen geht im Wesentlichen auf die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, als sie in verschiedenen nationalen Verfassungen verankert wurden. Dies geschah 1948 in Italien, 1949 in Deutschland, 1958 in Frankreich, 1974 in Griechenland und 1978 in Spanien. In vielen lateinamerikanischen Ländern erfolgte die rechtliche Anerkennung politischer Parteien ebenfalls erst spät, in einigen Fällen jedoch bereits vor dem Zweiten Weltkrieg.

⁹ Obwohl es viele verschiedene Möglichkeiten gibt, Volksabstimmungen zur Wahl öffentlicher Vertreter zu organisieren, werden in der Literatur und in der Praxis zwei grundlegende Arten von Wahlen unterschieden: die Wahl von Präsidenten, Gouverneuren, Bürgermeistern und Gemeinderäten einerseits und die Wahl von Abgeordneten auf nationaler, bundesstaatlicher oder kommunaler Ebene andererseits. Bei der ersten Art von Wahlen kann es sich im Allgemeinen (abgesehen von Besonderheiten wie in den USA, wo eine besondere Umverteilung der Wählerstimmen je nach gewonnenem Bundesstaat und der Anzahl der Senatoren und Abgeordneten, vorgesehen ist) um ein Mehrheitswahlsystem mit einem Wahlgang handeln, bei dem derjenige gewinnt, der die meisten Stimmen erhält, oder um ein System mit zwei Wahlgängen, bei dem der Sieg zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen im ersten Wahlgang entschieden wird. Bei der zweiten Art der Wahl (in der Regel für gesetzgebende Körperschaften) wird auch ein Mehrheitswahlsystem angewandt, das unter den Bedingungen eines Zweiparteiensystems die Kandidaten mit den meisten Stimmen zum Nachteil anderer parteipolitischer Minderheiten begünstigt, und ein Verhältniswahlsystem, das unter den Bedingungen schwacher Parteien die Sitze im Parlament entsprechend der Anzahl der erhaltenen Stimmen garantiert und daher dazu neigt, Mehrparteienbündnisse zu bilden, um Entscheidungen zu erzwingen.

keine materielle Unterstützung erhält, ohne Siegchance zu lassen, sondern sie diktieren diesen Kandidaten für öffentliche Ämter auch, welche Versprechen sie ihren potenziellen Wählern machen sollen, welche sie einhalten sollen und welche nicht.

Es war auch dieser Sektor, der die Schaffung von Gesetzen angeregt hat, um die in vielen Ländern hohe Wahlenthaltung auszugleichen und eine größere Legitimität zu erreichen. Diese Gesetze formalisieren die Wahlpflicht¹⁰ und ermöglichen es sogar, Sanktionen für die Nichtwahl zu verhängen, die von der Verhängung erheblicher Geldstrafen und der Einschränkung der Ausübung öffentlicher Ämter bis hin zur Verweigerung der Eintragung in die Wählerlisten selbst reichen.

So hat die Geschichte gezeigt, dass die Partieliten in Abstimmung mit anderen wirtschaftlichen Machtstrukturen durch verschiedene Formen der politischen Sozialisierung und durch Täuschung zu verschleiern versuchen, dass die Bürger nicht direkt ihre eigenen Kandidaten für die öffentliche Vertretung nominieren können. Sie versuchen auch, die Menschen glauben zu machen, dass die demokratische Pflicht der Wähler gerade darin besteht, die Vorschläge der politischen Parteien zu bestätigen oder nicht. Dies verbirgt sich hinter der verschlungenen liberalen Logik, dass, während die Zivilgesellschaft die von den politischen Parteien vorgeschlagenen Kandidaten wählen soll, die politischen Parteien die Zügel der Regierung und des Staates in die Hand nehmen und sie zum Funktionieren bringen sollen.

In diesem Sinne ist es zwar richtig, dass die Abwahl von Volksvertretern in den Verfassungen oder in ergänzenden Gesetzen vieler Länder vorgesehen ist, aber es ist auch richtig, dass ihre Förderung für die politischen und wirtschaftlichen Eliten keine Priorität darstellt und daher auch nicht als wichtiges Thema in der öffentlichen Diskussion und Aktion vorgeschlagen wird. Es wird verschwiegen, dass in der Praxis die einzige reale Möglichkeit für die Wähler, einen bereits gewählten Vertreter im Falle einer erneuten Kandidatur für ungültig zu erklären, in der Abgabe einer Strafstimme besteht, die in der Regel nur alle vier oder fünf Jahre wiederholt werden kann.

Im Gegensatz zu dem, was die große Mehrheit glaubt, ist kein Wahlverfahren, das sich im Rahmen der sogenannten liberalen Demokratie entwickelt hat, eine Folge der realen Existenzformen der Gedanken-, Meinungs- und Organisationsfreiheit, die uns von Politikern und Medien eingetrichtert wurden. Formal können sie nur in dem Maße existieren, wie sie nicht gegen die bürgerliche Gesetzgebung verstoßen und letztlich die grundlegenden wirtschaftlichen Machtstrukturen des kapitalistischen Systems, die mächtigsten transnationalen Banken-, Industrie- und Kulturkonzerne, nicht gefährden, wie es auch in Kuba der Fall war.

¹⁰ In Ländern wie Belgien, Ägypten, Griechenland, Luxemburg und der Schweiz in Europa oder in Argentinien, Brasilien, Honduras und Paraguay in Lateinamerika.



Allgemeine und spezifische Aspekte der Erfahrung des Kapitalismus in Kuba

Im Rahmen des Entstehungsprozesses der kapitalistischen Staaten auf der ganzen Welt und vor allem bei der Herausbildung der von ihnen geschaffenen politischen und legislativen Strukturen haben wir im Wesentlichen die gleichen Veränderungen erlebt wie der Westen.

Nach Jahren der Herausbildung der kubanischen Nationalität gründeten wir die Republik in Waffen, förderten vier Mambi-Verfassungen,^{11,12} die von der demokratisch-liberalen Tradition der US-amerikanischen Revolution, der Dreizehn Kolonien und der französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts inspiriert waren, und schließlich erreichten wir die Unabhängigkeit von Spanien. In diesen Jahren polemisierten ideologische Strömungen und politische Parteien, Reformisten, Konservative und Unabhängigkeitsbefürworter, wie die Autonomisten, die Liberale Konstitutionelle Partei und die Kubanische Revolutionäre Partei (PRC), die unter der Führung von Persönlichkeiten wie Varela und José Martí ihre größte kulturelle und politische Blüte erlebten.

Obwohl die Unabhängigkeit von Spanien erreicht wurde, wurde der Wunsch der kubanischen Mambises, eine souveräne und unabhängige Republik zu gründen zunichte gemacht. Gründe dafür waren die militärische Besetzung durch die USA und der Pariser Vertrag (1898) sowie die Entscheidung führender kubanischer Politiker, die PRC aufzulösen, die Mambi-Armee zu entwaffnen und das Repräsentantenhaus zu schließen.

Auch wenn die Verfassung von 1901, die den entstehenden Staat begleitete, als liberales und fortschrittliches Dokument dargestellt wurde, das für die damalige kubanische Realität völlig neue Freiräume eröffnete,¹³ muss man in diesem Sinne auch anerkennen, dass die Machtstruktur, die ihr mit Unterstützung des Platt-Amendments zugrunde lag, uns von der Regierung der Vereinigten Staaten aufgezwungen wurde, nach dem Vorbild ihres eigenen politischen Systems, das auch für uns ein Präsidialsystem vorsah.

¹¹ *Mambí* Bezeichnung für die Kämpfer, die im Unabhängigkeitskrieg zwischen 1868 und 1898 für die Loslösung Kubas von der spanischen Kolonialmacht kämpften. (Anmerkung der Übersetzerin).

¹² Die Verfassung von Guáimaro (1869) unter der Leitung von Carlos Manuel de Céspedes und Ignacio Agramonte, die Verfassung von Baraguá (1878) unter der Leitung von Antonio Maceo, die Verfassung von Jimaguayú (1895) und die Verfassung von Yaya (1897). In diesen vier Texten spiegeln sich nicht nur die Konflikte zwischen denjenigen wider, die eine größere Autonomie des Militärs wollten, um den Krieg zu gewinnen, und denjenigen, die es den zivilen Strukturen unterordnen wollten, sowie der Wille zur Unabhängigkeit wider, sondern auch die Schaffung eines Einkammerparlaments als strukturelle Voraussetzung für die Regierung, die von Anfang an ein Mindestmaß an Einheit gewährleisten sollte.

¹³ Dementsprechend unterstützte sie den Geist des Habeas Corpus, die Meinungs-, das Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie die Freizügigkeit. Sie schuf eine Reihe von Bürgervereinigungen und ein ausgedehntes Netz von Print- und Rundfunkmedien. Dies zeigte sich in wichtigen Reaktionen der Bevölkerung wie dem Protest der Dreizehn, den Bauernkämpfen, den Studentenkämpfen und insbesondere den Arbeiterkämpfen, die zur Legalisierung des 1. Mai als Tag der Arbeit führten und eine entscheidende Rolle bei der Aufhebung des Platt-Amendments im Jahr 1934 spielten.

In Anlehnung an Montesquieus populäre Gewaltenteilung führte dies zu einer Zweikammer-Legislative, einer Exekutive und einer formal unabhängigen Judikative.

Die Zweikammer-Legislative bestand aus dem Repräsentantenhaus und dem Senat. An der Spitze der Exekutive stand der indirekt gewählte Präsident, der von seinen Sekretären (Ministern) unterstützt wurde. Oberstes Organ der formal unabhängigen Judikative war der Oberste Gerichtshof.

In dieser Phase gründeten und organisierten die neuen kubanischen Eliten, die sogenannte Oligarchie, im Bündnis mit den US-amerikanischen Geschäftsleuten, den wachsenden Besitzern von Industrie, Großgrundbesitz und Zuckerproduktion, die ersten politischen Parteien, die bei Wahlen gewählt wurden. So entstand in Kuba das Zweiparteiensystem (Liberale und Konservative), das bis in die 1920er Jahre Bestand hatte und das, wie in anderen Ländern auch, Mechanismen und Betrügereien wie Korruption und Stimmenkauf einsetzte, um die Kontrolle über die Regierung zu behalten, sowohl bei der Wahl des Präsidenten als auch bei der Wahl der Volksvertreter im Parlament.

Nach dem Sturz des Diktators Gerardo Machado am Anfang der 1930er Jahre, als Volksregierungen wie die Regierung *der Hundert Tage* gebildet wurden, und in einem internationalen Kontext, der die Bildung breiter Allianzen zwischen Mächten und politischen Kräften gegen den Faschismus begünstigte, waren die kubanischen Machteliten darauf bedacht, neue politische Krisen zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund wurde die Verfassung von 1940 ausgearbeitet, die zwar formal an der traditionellen Gewaltenteilung festhielt, aber unter dem Druck der revolutionärsten Sektoren zum ersten Mal eine Verbindung zwischen individuellen und sozialen Rechten herstellte,¹⁴ was nicht nur in unserer bisherigen Verfassungsgeschichte, sondern auch im Vergleich zu den bestehenden politischen und legislativen Dokumenten vieler anderer Länder beispiellos war.

Darüber hinaus hat die Legislative unter Beibehaltung ihres Zweikammersystems an Autorität gegenüber der Exekutive gewonnen. Dies schwächte die Rolle des Präsidenten, der erstmals direkt und ohne Wahlmänner gewählt wurde. Gleichzeitig wurde das semiparlamentarische System¹⁵ gestärkt. Dieses System ist dem parlamentarischen Regierungssystem sehr ähnlich, das in mehreren europäischen Ländern seit 20 oder 30 Jahren besteht und auch heute noch in Kraft ist.

Angesichts der neuen Situation, in der neue politische Parteien entstanden waren und die Vorherrschaft von einer Partei (Einparteiensystem) oder zweier Parteien (Zweiparteiensystem) über die anderen nicht klar war, entschieden sich die um die öffentliche Repräsentation

¹⁴ In diesem Sinne wurden der Mindestlohn, die bezahlte Ruhezeit, der Schutz der arbeitenden Mutter und das Recht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich zu organisieren, anerkannt. Das Recht auf Demonstrationen und die Bildung politischer Organisationen gegen das Regime sowie die Autonomie der Universitäten wurden legalisiert. Widerstand zur Verteidigung individueller Rechte wurde legitimiert. Frauen konnten ihr Wahlrecht ausüben. Die Legitimität des Privateigentums in seiner höchsten gesellschaftlichen Funktion wurde anerkannt.

¹⁵ Unter Art von Regierung behielt die Justiz ihre formale Unabhängigkeit, aber ohne Unterstützung durch ergänzende Gesetze, die es ihr ermöglichen würden, die neu verkündeten sozialen und individuellen Rechte zu schützen, was zur Verletzungen dieser Rechte führte.

konkurrierenden Kräfte für die Bildung von zwei großen Parteienkoalitionen, was auch heute für viele Länder typisch ist. Auf der einen Seite unterstützte die sogenannte sozialistisch-demokratische Koalition, bestehend aus sechs politischen Parteien, darunter die Nationalistische Union, die Liberale Partei und die Revolutionäre Kommunistische Union, Batista als Präsidentschaftskandidaten. Auf der anderen Seite unterstützte das Oppositionsbündnis Ramón Grau San Martín. Dieser Block gruppierte sich um die Kubanische Revolutionäre Partei (die Authentischen) und bestand ebenfalls aus den Parteien: Republikanische Aktion, ABC und Demokratische Republikaner.

Es folgt ein langer Prozess von Mehrparteienwahlen alle vier Jahre zur Wahl des Präsidenten und der Mitglieder beider Kammern des Kongresses. Dieser Prozess war auch durch die verfassungsmäßige Formalisierung der Wahlpflicht wie in anderen Ländern gekennzeichnet. Anstatt die Situation des Landes zu verbessern, verschärfte er die sozialen und Klassenkonflikte, die oft durch Betrug und Diebstahl öffentlicher Gelder gekennzeichnet waren. Darüber hinaus verstärkte er unsere politische, wirtschaftliche und sogar kulturelle Abhängigkeit von den USA und führte zu größerer Unterentwicklung.

1952, als die Kräfte der Linken, angeführt von der Orthodoxen Partei, den Sieg errungen zu haben schienen und uns der Lösung vieler unserer Probleme näher brachten, kam es zum berüchtigten Staatsstreich Batistas, der einmal mehr bewies, dass die Oligarchien nicht einmal an die Grundlagen des bürgerlich-liberalen Systems glaubten.

Der Bruch durch die Revolution

Mit dem Sieg der Revolution im Januar 1959 und dem Erbe der neokolonialen Republik begann ein langer und konfliktreicher Prozess der sozialen Transformation.

Dank der konsequenten Anwendung der Methode «*Versuch und Irrtum*» bei der Analyse der Weltgeschichte und dank unserer eigenen jahrhundertelangen Erfahrung ist der politischen Führung des Landes seitdem klar geworden, dass die schrittweise Demontage des bisherigen kapitalistischen politischen Systems mit der Zerstörung der Grundlagen des bürgerlichen staatlich-bürokratischen Apparats und des politischen Parteiensystems, das den harten Kern unserer Wahlsysteme bildete, beginnen musste.

Als praktische Maßnahme zur Beseitigung des bürgerlichen Parlamentarismus und aller ihn stützenden Mechanismen und Verfahren lösten die revolutionären Kräfte unter Führung der Rebellenarmee (Ejército Rebelde) den Kongress auf und ernannten einen neuen Ministerrat (die Provisorische Revolutionäre Regierung), der mit den Rechten eines legislativen und exekutiven Organs und den vollen Befugnissen einer verfassungsgebenden Versammlung ausgestattet war.

Weitere ergänzende Maßnahmen der Rebellenarmee, wie die Entwaffnung und Ablösung der alten Armee und der Polizei, sowie die Auflösung der politischen Parteien, die das Regime unterstützten



oder mit ihm kollaborierten, und der dreißigjährige Ausschluss ihrer Führer, Kandidaten, Abgeordneten, Senatoren, Bürgermeister und anderer von allen öffentlichen Ämtern und von der Ausübung des Wahlrechts, zielten darauf ab, dem kapitalistischen politischen System die Grundlage zu entziehen. Dies war auch die einzige Garantie für die nationale Souveränität und künftige revolutionäre Errungenschaften.

Fast gleichzeitig und als Fortsetzung dieses Prozesses wurden zwei grundlegende Aufgaben formuliert, die dazu beitrugen, die Struktur des neuen politischen Systems zu umreißen: Erstens war es notwendig, ein politisches Führungsorgan zu schaffen,¹⁶ das in Fortführung des Erbes von José Martí, Mella, Villena, Guiteras und Pablo de la Torriente Brau, neben anderen revolutionären Führern, die politische Einheit und Aktionseinheit des Volkes angesichts der realen und potenziellen Versuche von innen und außen, uns zum Kapitalismus zurückzuführen, gewährleistet.

Zweitens war es zweckmäßig, einen Staat zu gründen,¹⁷ in dem das Volk direkte Demokratie ausüben würde, wie es der politische Philosoph Rousseau seinerzeit vorgeschlagen hatte. In diesem Staat würde es auch öffentliche Vertretungsorgane geben, deren Kandidaten, im Gegensatz zu den Grundlagen der Volksvertretung, die sich aus den ersten Vorschlägen der Gründerväter der US-amerikanischen Nation entwickelt haben, nicht von den Eliten der politischen Parteien, die traditionell von den Inhabern der wirtschaftlichen Macht abhängig sind, sondern vom Volk, das eigentlich vertreten werden sollte, nominiert würden.¹⁸ Dies sind die beiden strategischen Wege, die das kubanische Wahlsystem von damals bis heute geprägt haben.

¹⁶ Die Bildung der Einheitspartei in Kuba hat eine natürliche Geschichte. Unter den Bedingungen der Zerschlagung der meisten politischen Parteien, die Batista unterstützten oder sich mit der Revolution solidarisierten, führten nur drei gut artikulierte Organisationen den Kampf bis zum Ende und beschlossen, sich entsprechend ihrer politisch-strategischen Affinität zu integrieren. Das Directorio Revolucionario des 13. März, die Bewegung des 26. Juli und die Sozialistische Volkspartei wurden unter der unangefochtenen Führung von Fidel Castro nicht ohne große Konflikte zunächst in die Integrierten Revolutionären Organisationen (ORI) (1961), dann in die Vereinigte Partei der Sozialistischen Revolution Kubas (PURS) (1963) und schließlich in die Kommunistische Partei Kubas (PCC) integriert, die 1965 ihr erstes Zentralkomitee bildete und zehn Jahre später, 1975, ihren ersten Parteitag abhielt.

¹⁷ Der erste Versuch, die Partizipation des Volkes auf nationaler Ebene zu organisieren und den Gebieten eine größere Autonomie zu gewähren, die über die öffentlichen Konsultationen der politischen Führung des Landes in Form großer Volksversammlungen hinausging, war die Ernennung von Beauftragten für die Provinzen und Gemeinden durch den Innenminister im Februar 1959, die die Aufgaben übernehmen sollten, die zuvor den Provinzgouverneuren und -räten sowie den Bürgermeistern und Gemeinderäten oblagen.

¹⁸ Ab 1961 wurden die Provinz- und Gemeinderegierungen, in denen die Beauftragten eine führende Rolle spielten, durch die sogenannten Koordinierungs-, Durchführungs- und Inspektionskomitees (Juntas de Coordinación, Ejecución e Inspección, abgekürzt: JUCEI) ersetzt, deren Ziel es war, eine bessere Kontrolle über die Verwendung der Ressourcen des Landes und eine angemessene Koordination zwischen den verschiedenen lokalen Vertretungen der zentralen staatlichen Verwaltungsorgane zu gewährleisten. Die JUCEI waren der erste Versuch, eine lokale Regierung zu schaffen, die sich einerseits aus Vertretern der politischen und Massenorganisationen zusammensetzte, die im Zuge der revolutionären Umwälzungen an Einfluss gewonnen hatten, und andererseits aus Delegierten der zentralen staatlichen Verwaltungsorgane vor Ort. Eine Regierung, die in der Lage war, die Aktivitäten der staatlichen Behörden zu koordinieren, die sich mit den verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten befassen. Aber auch dieses Gremium erfüllte im Wesentlichen administrative Aufgaben, weshalb es ab 1966 auch durch die sogenannten lokalen Verwaltungen ersetzt wurde. Auf Provinzebene setzten sich die lokalen Verwaltungen aus den Verwaltungsleitern und den Generalsekretären der Massenorganisationen zusammen. Auf kommunaler Ebene hingegen wurden die Verwaltungsleiter mit zehn von der Bevölkerung in den Betrieben und Stadtvierteln gewählten Delegierten

In diesem Sinne ist es richtig, dass es in den ersten fast siebzehn Jahren der Revolution unter der Führung einer aus dem Krieg hervorgegangenen Provisorischen Revolutionären Regierung weder eine Verfassung noch ein Wahlgesetz gab, das die Existenz von Volksvertretungsorganen und periodischen Wahlen auf nationaler, provinzieller und lokaler Ebene regelte, aber es stimmt auch, dass das demokratische Projekt, das Kuba aufbauen wollte, keine historischen oder theoretisch-praktischen Bezugspunkte hatte und daher praktisch von Grund auf neu entwickelt werden musste.

Unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Wirtschaftsblockade und der Drohung einer Invasion durch die verschiedenen Regierungen der USA war es für das Überleben einer Revolution wie der unseren am vernünftigsten, das Wirtschaftsbündnis mit der UdSSR und den damaligen sozialistischen Ländern zu stärken und sich militärisch vorzubereiten. Das hat uns viel Zeit und beträchtliche Mittel gekostet. Das Jahr 1976 markierte jedoch mit der wirtschaftlichen und militärischen Konsolidierung des Landes wirklich ein Vorher und ein Nachher in dem, was als Prozess der Vervollkommnung des kubanischen Wahlsystems angesehen wird.

Im Februar 1976 wurde die erste sozialistische Verfassung des 20. Jahrhunderts gemäß den Beschlüssen des Ersten Parteikongresses (1975) dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Sie erhielt 97,7 % der abgegebenen Stimmen und fast fünf Monate später wurde das Gesetz Nr. 1305, das erste Wahlgesetz der Revolutionszeit, verabschiedet.

Diese Ereignisse führten auch dazu, dass zum ersten Mal in unserer Geschichte und wahrscheinlich in der Erfahrung der meisten bekannten Wahlsysteme die Kandidaten für die Wahlkreisdelegierten direkt vom Volk nominiert wurden und diese dann auch direkt vom Volk selbst in die jeweiligen Gemeindeversammlungen der Volksmacht gewählt wurden, in beiden Fällen ohne die Vermittlung politischer Parteien.

Die Verfassung und das Wahlgesetz führten auch zur indirekten Ernennung der Abgeordneten für die Provinzversammlungen und der Abgeordneten für die Nationalversammlung der Volksmacht durch die gewählten Wahlkreisdelegierten. Später wurde auch die indirekte Wahl der Provinzdelegierten und der Abgeordneten für das oberste Organ der Staatsmacht durch die Wahlkreisdelegierten selbst in direkter und geheimer Wahl eingeführt. Seitdem wurden die Kandidaten für die Delegierten für die Provinzversammlungen auf starren Listen aufgestellt, die wie in parlamentarischen Regierungssystemen je nach Anzahl der zu besetzenden Posten eine Auswahl zwischen mehreren Vorschlägen nicht zuließen.

Nach demselben Wahlgesetz vom Juli 1976 erfolgte auch die Ernennung des Präsidenten der Nationalversammlung der Volksmacht und des Präsidenten des Staats- und Ministerrats indirekt durch die Bevölkerung und die Wahlkreisdelegierten selbst. Die Rolle der Wähler entsprach in diesem Fall, wie in parlamentarischen Regierungssystemen wie in Spanien, Deutschland und Italien, den gewählten Abgeordneten, die im Falle Kubas von einer Nominierungskommission unterstützt wurden, die sich aus den wichtigsten Massen- und Sozialorganisationen des Landes

zusammengelegt. Die letztgenannte Form der staatlichen Organisation verschwand allmählich, bis sie 1976 formell abgeschafft wurde.



zusammensetzte und deren Vorsitz die Kommunistische Partei Kubas innehatte. Dies blieb bis 1992 in Kraft.

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in der ehemaligen UdSSR und in den Ländern Mittel- und Osteuropas und als Reaktion auf die Herausforderungen, denen sich Kuba durch die neuen Rahmenbedingungen gegenüber sah, wurden 1992 weitere politische und verfassungsrechtliche Reformen durchgeführt, die mehrere grundlegende Aspekte des kubanischen Wahlsystems betrafen. Einige dieser Änderungen gingen auf den IV. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas zurück, der 1991 in Santiago de Cuba stattfand, und fanden ihren Niederschlag im Wahlgesetz Nr. 72 vom 29. Oktober 1992, das von der Nationalversammlung der Volksmacht verabschiedet wurde. Sie lassen sich in zwei Punkten zusammenfassen:

1. Neue Organisations- und Funktionsformen der Kommunistischen Partei Kubas durch die Wiederaufnahme der Versammlung vorbildlicher Persönlichkeiten als geeignetste Methode der Beteiligung des Volkes, um die Zahl der Parteimitglieder zu erhöhen und die Voraussetzungen zu schaffen, um den historischen Fehler zu korrigieren, den Gläubigen den Zugang zur wichtigsten politischen Organisation des Landes zu verwehren.

2. Neuartige Mechanismen für die Wahl der Abgeordneten der Nationalversammlung der Volksmacht. Die Wahlkreisdelegierten waren dazu verpflichtet, die Vertreter für das oberste Organ der Staatsmacht zu nominieren. Darüber hinaus wurde zum ersten Mal in der Geschichte festgelegt, dass diese von den Wahlkreisdelegierten formell nominierten potenziellen Vertreter mit mindestens 50 % der direkten Stimmen der Bevölkerung bestätigt werden mussten. Dies war ein bedeutender Fortschritt gegenüber der vorherigen Wahlgesetzgebung.

Nach dem neuen Wahlgesetz setzte sich die Nominierungskommission zwar formal weiterhin aus den wichtigsten Massen- und Studentenorganisationen des Landes zusammen, der Vorsitz wurde jedoch nicht mehr von der Kommunistischen Partei Kubas geführt, und die höchste Führungsverantwortung wurde dem Kubanischen Gewerkschaftsdachverband (CTC) übertragen (Art. 69). Dies war ein weiterer wichtiger Schritt zur Legitimierung eines politischen Systems, das nicht mehr die Interessen der Oligarchie vertrat und den Wahlcharakter politischer Parteien ablehnte.

Die jüngsten Wahlen der Abgeordneten der Nationalversammlung der Volksmacht

In diesem Zusammenhang und über das hinaus, was bereits offiziell und inoffiziell in unserem Land und im Ausland über die Komplexität der gegenwärtigen Situation und die Kontroversen veröffentlicht wurde, ist es angebracht, auf die jüngsten Wahlen der Abgeordneten der Nationalversammlung der Volksmacht hinzuweisen, die am 26. März abgeschlossen wurden. Diese Wahlen stellen die unmittelbare Präambel für den Beginn der 10. Legislaturperiode des



kubanischen Parlaments dar und werden die neuen Wege des kubanischen Projekts des sozialistischen Aufbaus bestimmen.

Die angewandten Verfahren, die sich auf die 2019 vom Volk angenommene neue Verfassung und auf das vom Parlament verabschiedete Wahlgesetz Nr. 127 von 2019 stützen, sowie die wichtigsten erzielten Gesamtergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Zu den Schritten und Verfahren für die Wahl der Abgeordneten der Nationalversammlung der Volksmacht (*Trabajadores*; Gesetz Nr. 127 von 2019. Wahlgesetz, 2019, S. 181-184):
 - 1. Dezember 2022: Der Staatsrat veröffentlichte den Aufruf zu den Nationalwahlen, um die Abgeordneten der Nationalversammlung der Volksmacht für eine Amtszeit von fünf Jahren zu wählen. Dies führte zur Erfüllung mehrerer Aufgaben.
 - Die Massen- und Studentenorganisationen hielten 950 Plenarsitzungen auf kommunaler Ebene (6), Provinzebene (118) und auf Landesebene (826) ab, bei denen 19.034 Kandidaten vorgeschlagen wurden.¹⁹
 - Die kommunalen Nominierungskommissionen prüften die von den Plenarsitzungen der Massen- und Studentenorganisationen in ihrem Gebiet eingegangenen Vorschläge, berieten sich mit jedem Delegierten der Gemeindeversammlung der Volksmacht über seine Vorschläge, wählten die Anzahl der Abgeordnetenkandidaten gemäß den zugeteilten Quoten in Höhe von einem Abgeordneten pro 30.000 Einwohner aus und übermittelten ihre Vorschläge gemäß den Bestimmungen des geltenden Wahlgesetzes an die Nationale Nominierungskommission (CCN). Die Nominierungskommissionen der Provinzen haben ebenfalls Kandidaten vorgeschlagen und eingereicht.
 - Zur Vorbereitung des Entwurfs der Abgeordnetenliste analysierte die CCN die Kandidatenvorschläge, die von den Führungen der Massenorganisationen auf nationaler Ebene sowie von den Nominierungskommissionen auf kommunaler und Provinzebene eingereicht wurden. Darüber hinaus wurden die Abgeordneten der 9. Legislaturperiode analysiert. Die CNN traf auch ihre eigene Auswahl von Kandidaten, holte deren Zustimmung ein und übermittelte sie dem Nationalen Wahlrat (CEN), der sicherstellte, dass die Kandidaten die im Wahlgesetz festgelegten Voraussetzungen für die Nominierung erfüllten.
 - 27. und 28. Januar 2023: Bestätigung der Kandidaturen für die Nominierung der Abgeordneten und Erstellung der Biographien.

¹⁹ Vorschläge kamen vom CTC (5332), den Komitees zur Verteidigung der Revolution (3611), dem Kubanischen Frauenverband (3355), der Nationalen Vereinigung der Kleinbauern (3286), dem Schülerverband (2383) und dem Studentenverband (1067).

- Nachdem der CEN die Rechtmäßigkeit der Nominierungen überprüft hatte, übermittelte die CCN jeder kommunalen Nominierungskommission den Vorschlag für die Nominierung der Abgeordneten Kandidaten (je nach Gemeinde, für die sie nominiert werden sollten). Biographien, Fotos und Begründungen für jeden Fall wurden beigefügt, zusammen mit den Informationen über die Personen, die man in Reserve hatte.
- 5. Februar: Außerordentliche Sitzungen der Gemeindeversammlungen der Volksmacht wurden abgehalten, um die Abgeordneten Kandidaten zu nominieren, die mehr als 50% der Stimmen der Wahlkreisdelegierten erhalten hatten, um aufgestellt zu werden. Insgesamt wurden 470 Personen als Abgeordneten Kandidaten für die Nationalversammlung der Volksmacht nominiert.
- 6. Februar - 24. März: Die nominierten Kandidaten besuchten die Wahlkreise und Gemeinden, für die sie nominiert wurden, und führten Gespräche mit den Personen, die sie im Falle ihrer Wahl vertreten würden.
- 26. März (Sonntag): Die Kubaner gingen zu den Wahlurnen, um ihr Recht auf freie, gleiche, direkte und geheime Wahl der Abgeordneten der Nationalversammlung der Volksmacht auszuüben. Die Auszählung der Stimmen, weit entfernt von den formalen Abschottungsmechanismen liberaler Demokratien, fand wie bei früheren Wahlen in aller Öffentlichkeit statt.

Gemäß dem Wahlgesetz (Art. 117) durften bei der endgültigen Auszählung der Stimmen nicht nur die Wahlbehörden des Gebiets, die Vertreter der politischen und Massenorganisationen und die Kandidaten anwesend sein, sondern auch die Bürger jeder Ortschaft, die auch die Rechtmäßigkeit des Wahlvorstands überprüften.

2. In Bezug auf die Quantität und Qualität der von der Bevölkerung abgegebenen Stimmen (Cabrera Monzón, 2023; Antón Rodríguez, 2023, 31. März):

- Von den insgesamt 8.129.321 wahlberechtigten kubanischen Bürgern haben 6.167.605 Wähler ihre Stimme frei, gleich, direkt und geheim abgegeben, was 75,87 % der Gesamtzahl entspricht. Auch wenn diese Zahl im Vergleich zu früheren internen Wahlen einen Rückgang darstellt,²⁰ der einer eingehenden Analyse bedarf, so muss doch anerkannt werden, dass sie den durchschnittlichen Wahlergebnissen in anderen Ländern entspricht.²¹

²⁰ Seit Beginn der sogenannten Sonderperiode ist ein deutlicher Abwärtstrend bei der Beteiligung der Bevölkerung an den Abgeordnetenwahlen zur Nationalversammlung der Volksmacht zu verzeichnen. Die Ergebnisse reichen von 98,71 % im Jahr 1993 über 85,65 % im Jahr 2018 bis zu knapp 76 % bei den Wahlen im Jahr 2023.

²¹ Während beispielsweise in einem Präsidialsystem wie dem französischen die Wahlbeteiligung bei der Wahl von E. Macron im Jahr 2022 74,9 % lag, betrug sie im Präsidialsystem der USA, in dem die Wahlmänner vor der Wahl des Präsidenten gewählt werden, im Jahr 2020, als Biden gewann, nur 66,2 %. Während in den parlamentarischen Regierungssystemen, in denen - je nach Ausgestaltung des politischen Systems - über das Amt des Premierministers oder des Präsidenten entschieden wird, in einigen Ländern wie Belgien (2019) und Norwegen (2022) eine

- Von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel (6.167.605) waren 90,28 % gültig,²² 6,22 % waren leer²³ und 3,5 % wurden für ungültig erklärt.²⁴
- Die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen lag bei 72,10 % und damit unter den 80,44 % von 2018. Dieses Verfahren, dem traditionell die offizielle «Einheitsstimme» vorausgeht und das, wie oben erläutert, eine Variante des parlamentarischen Verhältniswahlsystems sui generis darstellt, bei dem starre Listen mit ebenso vielen Kandidaten wie Sitzen im Parlament aufgestellt werden, hat den Vorteil, dass die Kandidaten nicht von den politischen Parteiliten, sondern von den Wahlkreisdelegierten nominiert werden.

3. Hinsichtlich der territorialen Vertretung (Cabrera Monzón, 2023):

- Von den insgesamt 470 gewählten Abgeordneten (135 weniger als in der vorherigen Legislaturperiode) sind 221 (47,02 %) zugleich Wahlkreisabgeordnete, 135 (28,7 %) vertreten provinzielle Interessen und 114 (24,2 %) nationale Interessen. Eine der wichtigsten Besonderheiten des Wahlgesetzes Nr. 127 von 2019, das sich von allen anderen geltenden Gesetzen unterscheidet, besteht darin, dass bis zu 50 % der Abgeordneten der Nationalversammlung der Volksmacht²⁵ Wahlkreisdelegierte sein müssen, wodurch die direkte Verbindung zwischen den Bürgern und der höchsten Instanz der Staatsmacht formal gestärkt wird.
- Obwohl die Gesamtzahl der Abgeordneten dem offiziell festgelegten Verhältnis von einem Abgeordneten pro 30.000 Einwohner oder einem Bruchteil von mehr als 15.000 Einwohnern entspricht, werden in Gemeinden mit bis zu 45.000 Einwohnern zwei Abgeordnete gewählt, von denen einer ein Wahlkreisdelegierter sein muss. Was die Repräsentativität der Wahlkreisdelegierten betrifft, so haben 128 der 168 Gemeinden des Landes zwei Abgeordnete, von denen einer ein Wahlkreisdelegierter ist.

Wahlbeteiligung von 90,01 % bzw. 77,2 % erreicht wird, liegen die Ergebnisse in anderen Ländern wie Deutschland (2021 - 76,6 %), dem Vereinigten Königreich (2019 - 67,6%) oder Spanien (2019 - 66,2 %) deutlich niedriger. Dabei ist zu beachten, dass in Belgien wie auch in anderen Ländern eine Wahlpflicht besteht. In Lateinamerika lag die Wahlbeteiligung bei den Wahlen in Uruguay, aus denen Luis La Calle als Präsident hervorging (2019), bei rund 90 %, ebenso wie bei den Präsidentschaftswahlen in Brasilien 2018, die Bolsonaro gewann und an denen sich 79,7 % der Bevölkerung teilnahmen. Wie in vielen anderen Ländern der Region besteht in beiden Fällen Wahlpflicht.

²² Die Provinzen mit den meisten gültigen Stimmzetteln waren Las Tunas (76,2 %) und Granma (75,43 %), während Havanna (68,45 %) und Artemisa (69,82 %) zu den Provinzen mit den wenigsten gültigen Stimmzetteln gehörten.

²³ In Pinar del Río und Holguín waren 8,22 % bzw. 6,90 % der Stimmzettel leer. Im Gegensatz dazu meldeten Matanzas und Ciego de Ávila 4,57 % bzw. 4,98 % leere Stimmzettel.

²⁴ Mayabeque und Havanna meldeten 5,84 % bzw. 5,12 % ungültige Stimmzettel. Dagegen meldeten die Isla de la Juventud nur 1,66 % und Guantánamo 1,98 % ungültige Stimmzettel.

²⁵ Der andere Teil setzt sich aus Abgeordneten zusammen, die in vielen Fällen weit entfernt von den Gemeinden wohnen, die sie eigentlich vertreten.



4. Die Zusammensetzung der 470 gewählten Abgeordneten der Nationalversammlung der Volksmacht nach Alter, Rasse, Geschlecht und Bildungsniveau ist in Tabelle 1 zusammengefasst, die auf den nationalen Medien veröffentlichten Daten beruht (Granma, 2023, 9. Februar):

Tabelle 1 - Vergleich der Repräsentativität zwischen der aktuellen und der vorherigen Legislaturperiode

Kategorie	Legislaturperiode	
	Aktuell	Vorherig
	Anzahl (%)	Anzahl (%)
Jugendliche (18-35 Jahre)	94 (20 %)	80 (13,2 %)
Frauen	260 (55,3 %)	322 (53,2 %)
Schwarze und Mulatten	214 (45,5 %)	245 (40,5 %)
Hochschulabsolvent	449 (95,5 %)	524 (86,6 %)
Durchschnittliches Alter	46 Jahre	51,9 Jahre

5. Die am stärksten und am wenigsten vertretenen Arbeitsbereiche sind in Tabelle 2 zusammengefasst (Granma, 2023, 9. Februar):

Tabelle 2 - In der Nationalversammlung der Volksmacht vertretene Arbeitsbereiche.

Kategorie	Anzahl der Abgeordneten
Strukturen der Volksmacht	71
Regierung	37
Politische Führer	29
FAR	11
Zwischensumme	148 (31,4 %)
Allgemeine Bildung	34
Hochschulen	22
Gesundheit	32
Kultur	27
Presse	19
Sport	12
Zwischensumme	137 (29,14 %)
Genossenschaft und Landwirtschaft	14
Energie und Bergbau	13
Medizinisch-pharmazeutische Industrie	11
Allgemeine Industrie	10
Zwischensumme	72 (15,3 %)
Sonstige Sektoren*	113 (24,04 %)

*Mitarbeiter von Ministerien wie dem Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit (Ministerio de Trabajo y Seguridad Social), dem Innenministerium (MININT), dem Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Umwelt (CITMA), von Institutionen der Zivilgesellschaft wie dem CTC, den Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR), dem Kommunistischen Jugendverband Kubas (UJC), der Nationalen Vereinigung der Kleinbauern (ANAP) und von Verbänden von Journalisten, Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern, jungen Kreativen, Juristen, Historikern und Informatikern.



Diese territoriale, soziale und berufliche Zusammensetzung der Abgeordneten der Nationalversammlung der Volksmacht unterscheidet sich deutlich von anderen Parlamenten der Welt, da es ihr gelingt, Vertreter der politischen, staatlichen und Regierungsstrukturen in breite Sektoren der Zivilgesellschaft zu integrieren. Dies ist das Ergebnis der Existenz einer Nominierungskommission, die sich aus den wichtigsten Massen- und Studentenorganisationen des Landes zusammensetzt und in der der CTC den Vorsitz führt. Abgesehen davon, dass ihre Zusammensetzung und ihre funktionale Transparenz verbessert werden müssen, übertrifft diese Kommission in den meisten Ländern die Vorschläge der parteipolitischen Eliten an Repräsentativität. Die weltweite Praxis hat gezeigt, dass es dort, wo die Partieliten das Sagen haben, die Interessen des Staates und der Regierung nicht mit denen der Zivilgesellschaft in Einklang gebracht werden können.

Auf die Wahl der Mitglieder der Nationalversammlung der Volksmacht folgt am 19. April die endgültige Konstituierung des Parlaments. Im Gegensatz zu fast allen anderen Parlamenten erhält die überwiegende Mehrheit der gewählten Volksvertreter kein anderes Einkommen als das Gehalt, das jeder in seiner Herkunftsinstitution erhält.

Diese Nationalversammlung entspricht dem Beginn der 10. Legislaturperiode. Die Wahl der Führungsspitze (Präsident, Vizepräsident und Sekretär des Staatsrates), die Wahl der Mitglieder des Staatsrates und die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten der Republik werden dort stattfinden, aber es wird keine Überraschungen geben. Es handelt sich um eine Wahl zweiten Grades, auch indirekte Wahl genannt, ähnlich wie in vielen anderen Ländern, mit dem «nicht unbedeutenden» Unterschied, dass es, wie bei der Wahl der Delegierten der Gemeindeversammlung der Volksmacht und der Abgeordneten, während des gesamten Verfahrens keine parteipolitischen Kämpfe oder Wahlkampagnen geben wird. Es wird keine Versprechungen geben, was getan werden soll, sondern eher Anerkennungen dessen, was bereits getan wurde.

Die Nationale Nominierungskommission fordert jeden gewählten Abgeordneten auf, ihr anonym seine persönlichen Vorschläge für die verschiedenen Ämter zu unterbreiten, und zwar zum einen für die Wahl der Leitung der Nationalversammlung der Volksmacht und die Zusammensetzung des Staatsrates und zum anderen für die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Republik. Anschließend werden sie einzeln zu den Vorschlägen befragt, die die größte Zustimmung finden, und treffen schließlich ihre Wahl in freier, gleicher, direkter und geheimer Abstimmung auf gesonderten, zu diesem Zweck vorbereiteten Stimmzetteln. Diese Wahl kann alle fünf Jahre wiederholt werden.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger jedoch das Mandat des Präsidenten der Republik, des Präsidenten der Nationalversammlung der Volksmacht oder eines anderen gewählten öffentlichen Vertreters, einschließlich der Wahlkreisdelegierten, beenden möchten, können sie sich auf das Gesetz Nr. 135 aus dem Jahr 2020 (Gesetz über die Abberufung der in die Organe der Volksmacht Gewählten) berufen, das dem demokratischen Organisationsprinzip folgt, wonach derjenige, der ernannt, auch abberuft.



Schlussfolgerungen

Am Ende dieser Analyse sollten einige Überlegungen hervorgehoben werden:

Erstens: Auch wenn das aktuelle kubanische Wahlsystem erhebliche Unterschiede zu den historisch bekannten Modellen direkter und indirekter Partizipation - von der Antike bis heute - aufweist, ist es nicht falsch zu sagen, dass wir zwischen 1901 und 1959, während der Zeit der neokolonialen Republik, im Allgemeinen dieselben politischen und legislativen Regeln praktiziert haben, die der liberal-demokratischen Tradition zugrunde liegen.

Zweitens: Obwohl in Kuba in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dieselben Regeln galten wie in den meisten anderen Staaten, hat das kapitalistische System unserer Erfahrung nach weder die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes gelöst noch eine wirkliche Beteiligung des Volkes an den Entscheidungsfindungsprozessen gewährleistet. Alles lief darauf hinaus, dass die Volksmassen mehr oder weniger alle vier Jahre nur dazu benutzt wurden, die Nominierung von Kandidaten für öffentliche Ämter durch die Partieliten zu legitimieren.

Drittens: Obwohl das derzeitige kubanische Wahlsystem Mechanismen und Verfahren der direkten und indirekten Demokratie anwendet, die sowohl in präsidentialen als auch in parlamentarischen Regierungssystemen existieren, gibt es zwei Arten von Verfahren, die in der Geschichte fast ohne Beispiel sind:

1. die Nominierung von Wahlkreisdelegierten, die direkt in den Wahlkreisen selbst gewählt werden.
2. die Nominierung von Abgeordnetenkandidaten der Nationalversammlung der Volksmacht durch die gewählten Wahlkreisdelegierten, die dann von der Bevölkerung in den Wahlgebieten oder Wahlkreisen, in denen sie nominiert wurden, direkt gewählt werden oder nicht.
5. Doch damit dürften wir uns nicht zufrieden geben. Der Übergang von der liberalen zur partizipativen Demokratie in Kuba steht nur erst am Anfang. Neue Herausforderungen werden entstehen und neue Lösungen müssen gefunden werden.

Literaturverzeichnis

Cotta, M. (1982). Parlamento. En Bobbio, N. (Compi.). Diccionario Político (pp. 1167-1514). Siglo XXI Editores, S. A.

Ley No. 1305 de 1976. Ley Electoral. 7 de julio de 1976. Gaceta Oficial de la República de Cuba.



- Galarza, P. N. (1964). Las teorías políticas y jurídicas de los representantes del idealismo alemán de fines del siglo XVIII y principios del XIX. En Historia de las Ideas Políticas (pp. 312-314). Editora Política.
- García Cotarelo, R. y Blas Guerrero, A. (1986). Teoría del Estado y Sistemas Políticos (Vol. 1). Universidad Nacional de Educación a Distancia.
- Keckekian, S. F. (1964). Las teorías políticas de la Antigua Grecia. Historia de las Ideas Políticas (pp. 43-74). Editora Política.
- Ley No. 127 del 2019. Ley Electoral. 13 de Julio de 2019 Título VII, Capítulo VII, art. 181-184. Gaceta Oficial No. 60. <https://www.gacetaoficial.gob.cu/es/gaceta-oficial-no-60-ordinaria-de-2019>
- Ley No. 135 de 2020. Ley de Revocación de los elegidos a los órganos del Poder Popular. Gaceta Oficial No. 88. <https://www.gacetaoficial.gob.cu/es/gaceta-oficial-no-88-ordinaria-de-2020>
- Montesquieu, C. L. (1992). Del Espíritu de las leyes. Editorial Porrúa.
- Pasquino, G. (1982). Sistema de partidos. En Bobbio, N. (Compi.). Diccionario Político (pp. 1506-1180). Siglo XXI Editores, S. A.
- Pérez Martínez, Y. (2021) Soberanía popular como significación social positiva: reflexiones para debatir. Revista Cubana de Derecho, 1(2). <https://revista.unjc.cu/index.php/derecho/article/view/72>
- Pérez Martínez, Y (2020). Constitución de la República de Cuba y transformaciones en el Estado. Universidad de La Habana, (289), 234-256. <https://revistas.uh.cu/revuh/article/view/2455>
- Cabrera Monzón, D. (2023, 7 de febrero) ¿Cuánto de transparente tiene el proceso de nominación de candidatos a diputados al Parlamento cubano? Granma, p. 5. <https://www.granma.cu/cuba/2023-02-07/cuanto-de-transparente-tiene-el-proceso-de-nominacion-de-candidatos-a-diputados-al-parlamento-cubano-07-02-2023-02-02-09>
- Granma (2023, 9 de febrero) El poder del Estado está en las voces que representan al pueblo (p. 5). <https://www.granma.cu/cuba/2023-02-08/el-poder-del-estado-esta-en-las-vozes-que-representan-al-pueblo-08-02-2023-22-02-30>
- Antón Rodríguez, S. (2023, 30 de marzo). Elecciones nacionales del Poder Popular: El voto de Cuba unida. Granma. p.1. <https://www.granma.cu/elecciones-cuba-2022-2023/2023-03-30/eleccionesnacionales-del-poder-popular-el-voto-de-cuba-unida>
- Antón Rodríguez, S. (2023, 31 de marzo). Resultados finales confirman participación mayoritaria del pueblo en elecciones nacionales. Granma, p. 1. https://www.granma.cu/file/pdf/2023/03/31/G_2023033101.pdf
- Trabajadores (2023, 9 de enero). Más de 4 mil precandidatos a diputados, p. 8. <https://www.trabajadores.cu/20230108/mas-de-4-mil-precandidatos-a-diputados/>



Prieto Valdés, M. (2020). La Constitución cubana de 2019: nuevos contenidos y necesidades. Universidad de La Habana, (289). <https://revistas.uh.cu/revuh/article/view/2403>

Prieto Valdés, M. (2019). Las novedades de la Constitución cubana aprobada el 24 de febrero de 2019-informe. Cuadernos Manuel Jiménez Abad, (17), 3-62.

Sartori, G. (1987). Partidos y sistemas de partidos. Marco para un análisis (Vol. 1). Alianza Editorial.

Rousseau, J. J. (1973). Discurso sobre el origen de la desigualdad entre los hombres. En, Obras Escogidas. Editorial de Ciencias Sociales.

Valdés, L. (2011). Sistemas Electorales y de partidos. Instituto de Investigaciones Jurídicas de la UNAM.

Interessenkonflikt

Der Autor erklärt, dass es keinen Interessenkonflikt gibt.

